



## Tobin or not Tobin

*Die Tobinsteuer für die EU-Finanzierung zu verwenden wäre der Missbrauch eines globalen Instruments.*

Auf den ersten Blick haben GlobalisierungskritikerInnen derzeit gut Lachen. Das BZÖ meldet geistigen Eigentumsanspruch auf die Tobinsteuer an. Aber nicht, um sie ihrem Erfinder, James Tobin, seines Zeichens Ökonomie-Nobelpreisträger, abspenstig zu machen, sondern dem Regierungspartner ÖVP. Die Oppositionsparteien haben diesen Baustein einer neuen globalen Finanzarchitektur schon lange im Programm, somit nähert sich die Galionsforderung der GlobalisierungskritikerInnen dem realpolitischen Konsens. Vor fünf Jahren wurde die Idee der „Devisentransaktionssteuer“ noch als völlig utopisch gebrandmarkt, diese sei ökonomisch schädlich, technisch nicht machbar und, als ob es das noch gebraucht hätte, politisch chancenlos.

Heute sprechen sich Regierungschefs und Bankdirektoren für die Tobinsteuer aus, in der EU zeichnet sich ein Dammbbruch ab. Die einsame Presseaussendung von Nationalbank-Präsident Klaus Liebscher letzte Woche, in der er vor der Steuer warnte, klang wie ein letzter Ruf in der Wüste. Die Argumente, die er hervorholte, rochen streng nach Mottenkiste. „Die internationale Arbeitsteilung und der freie Kapitalverkehr kommen allen zugute.“ Eine Transaktionssteuer wäre „ein Experiment mit nicht quantifizierbaren Risiken“, das „zusätzliche Kosten“ verursachen würde. Genau das soll sie ja: Die Tobinsteuer soll gezielt Kosten verursachen, um Risiken – Wechselkursschwankungen, Finanzkrisen – zu vermeiden. Doch in der verdrehten neoliberalen Welt stellt nicht der undifferenziert freie Kapitalverkehr das Risiko dar, sondern umgekehrt, die besonnene Differenzierung und Steuerung der Kapitalströme. Ein Blick auf die jüngsten Erfahrungen mit der Regelung des Kapitalverkehrs in Chile, Malaysia oder China wäre ratsam. Sie haben weder die „internationale Arbeitsteilung“ noch den Kapitalverkehr an sich in Frage gestellt, sondern lediglich intelligent „gefiltert“: Handel und Direktinvestitionen waren willkommen, kurzfristig spekulatives „hot money“ blieb vor der Tür. Damit bewahrte sich Chile vor einer Ansteckung durch die Peso-Krise 1994/95, Malaysia ging vergleichsweise glimpflich aus der Asienkrise 1997/98 heraus, und China ist heute noch hermetisch, was volatiles Kapital anbelangt. Dem Standort China schadet das mitnichten, er ist der attraktivste der Welt.

Diejenigen Länder, die sich hingegen dem Liebscherschen Dogma – der Kapitalverkehr muss bedingungslos frei sein – blind unterwarfen, wurden mit voller Wucht von Finanzkrisen getroffen. In Südostasien riss die Krise 25 Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit, die Armut verdoppelte sich in der Region, die Wirtschaft in Indonesien schrumpfte um mehr als 13 Prozent. Laut Nobelpreis-Ökonom Joseph Stiglitz, der auch für die Tobinsteuer ist, war der „freie Kapitalverkehr die wichtigste Einzelursache“ der Asienkrise.

Die Tobinsteuer hätte einen doppelt positiven Effekt: Sie würde etwas mehr Stabilität ins Weltfinanzgetriebe bringen und gleichzeitig eine hübsche Summe an Einnahmen. Und hier liegt der Hund begraben. Die ÖVP macht sich zwar für die Tobinsteuer stark, aber nur um damit die EU zu finanzieren. Das wäre doppelt falsch: Erstens braucht es dringend Mittel für die globale Armutsbekämpfung und Entwicklungsfinanzierung. Bei einem Weiter-wie-bisher werden die Millenniumsziele der Vereinten Nationen – Halbierung der Zahl der absolut Armen und der Hungernden, Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit – laut Sonderbeauftragtem Jeffrey Sachs nicht wie geplant 2015 erreicht, sondern im Jahr 2149.

Die fehlenden Summen sind nicht allzu hoch: Für die Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser bräuchte es neun Milliarden US-Dollar, für den Zugang zur Grundschule sechs Milliarden US-Dollar, für die Hungerbekämpfung und Basisgesundheitsversorgung 13 Milliarden pro Jahr.

Zum Vergleich: Das belgische Finanzministerium rechnet mit Einnahmen aus der Tobinsteuer bei globaler Einführung zwischen 19 und 128 Milliarden US-Dollar (Steuersatz zwischen 0,01 und 1%). Das finnische Finanzministerium kommt je nach Steuersatz auf 71 bis 177 Milliarden US-Dollar. Die Millenniumsziele wären also mit der Tobinsteuer finanzierbar. Wird die Tobinsteuer auf EU-Ebene eingehoben, erwarten sich die ExpertInnen rund 20 Milliarden Euro, das ist ein Fünftel des aktuellen EU-Budgets. Was Schlüssel und Co. nicht dazu sagen: Durch den Steuerwettbewerb und sinkende Staatsquoten haben die EU-Mitgliedsstaaten seit 2000 zwei Prozent des EU-BIP oder rund 200 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren: das Zehnfache des zu erwartenden Aufkommens einer Tobinsteuer. Schlussfolgerung: Das Finanzierungsproblem der EU sollte nicht mit einer globalen Steuer gelöst werden, sondern durch die Beendigung des Steuerwettkampfs und den Übergang zu Steuerkoordination in der EU.

Das Kapitel „globale Steuern“ sollte zusätzlich aufgeschlagen werden, allerdings um globale Aufgaben zu finanzieren: Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit. In der UNO gibt es seit Jahren Vorstöße nicht nur für die Tobinsteuer, sondern auch für eine Kerosinsteuer, eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die Besteuerung von Meeresengen, Börsenumsätzen oder transnationalen Konzerne. Frankreich beginnt am 1. Juli mit einer Steuer auf Flugtickets. Wer A sagt, muss auch B sagen, Globalisierung der Wirtschaftsfreiheiten ohne Globalisierung der Pflichten ist eine halbe Sache. Globale Steuern helfen, den Handlungsspielraum von Nationalstaaten, der im Zuge der Globalisierung geschrumpft ist, ein Stück weit zurück zu gewinnen.

**Christian Felber ist freier Publizist und Ko-Autor von Attac (Hrsg.): „Das Kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen“, soeben erschienen bei Deuticke.**

*Erschienen im „Falter“ 10/06.*